

INTERNATIONAL

6 **MASSENKÄMPFE IN
GRIECHENLAND**

BRD

8 **DEUTSCHLAND UND
FRANKREICH RÜSTEN AUF**

FRAUEN

10 **ENDLICH GLEICHER LOHN
FÜR GLEICHE ARBEIT?**

BERLIN

12 **AUSBEUTUNG À LA USA
IN DER „GIGA BERLIN“**

HAMBURG

14 **ESSEN AN SCHULEN UND
UNI WIRD IMMER TEURER**

BREMEN

16 **TVÖD-STREIK IM
KRANKENHAUS**

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 **MARODE SCHULEN SIND KEIN
ORT FÜR UNSERE KINDER**

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 **RDL-DURCHSUCHUNGEN:
NEUE ERKENNTNISSE**

KULTUR

22 **GEDENKKULTUR AN DEN
OSTERAUFSTAND IN IRLAND**

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

8. MÄRZ IN ALBACETE, SPANIEN

**EINGESPART, ENTGLEIST, ENTBRANNT:
MASSENKÄMPFE IN GRIECHENLAND!**

**DEUTSCHLAND UND FRANKREICH RÜSTEN
AUF, KAMPF UNTER IMPERIALISTEN**

**ENDLICH GLEICHER LOHN FÜR
GLEICHE ARBEIT?**

**AUSBEUTUNG À LA USA IN DER
„GIGA BERLIN“**

**ESSEN AN SCHULEN UND UNIVERSITÄT
WIRD IMMER TEURER**

TVÖD-STREIK IM KRANKENHAUS

**MARODE SCHULEN SIND KEIN ORT FÜR
UNSERE KINDER**

**NEUE ERKENNTNISSE ZU HAUSDURCH-
SUCHUNGEN BEI RADIO DREYECKLAND**

**GEDENKKULTUR AN DEN OSTERAUFGANG
IN IRLAND**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotopost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt der 8. März, der Internationale Frauentag. Auf der ganzen Welt gingen wieder Millionen von Frauen auf die Straße, um ihrem Zorn Ausdruck zu verleihen. Auch in der BRD gab es eine große Anzahl von Demonstrationen mit hoher Beteiligung, die vor allem eines klar machen: Die Frauenbewegung wird nicht so schnell wieder den Kopf senken, solange die Ausbeutung und Unterdrückung durch Patriarchat und Imperialismus weiterbesteht. Auf einigen der Demonstrationen in der BRD gab es Beteiligungen revolutionärer Kräfte, die dort als Ausdruck der proletarischen Frauenbewegung auftraten. Das Flugblatt des Roten Frauenkomitees – BRD, das wir in der letzten Ausgabe abgedruckt haben, wurde zu tausenden in unterschiedlichen Ecken des Landes verteilt. Und auch wenn viele bürgerliche Kräfte sich Mühe geben, die Proteste am 8. März unter ihrer Fuchtel zu halten, ist ein Anwachsen der proletarischen Frauenbewegung nicht zu verhindern, denn nur sie dient einer tatsächlichen Änderung der Lage der Frau, ihrer Emanzipation, die im imperialistischen System nicht möglich ist.

Jetzt richtet das Proletariat aller Länder seine Augen auf den nächsten wichtigen Tag – den 1. Mai, dem Kampftag des internationalen Proletariats! Es wird der erste 1. Mai sein, der mit der Existenz des Internationalen Kommunistischen Bundes (IKB), der neuen internationalen Organisation des Proletariats, begangen und in diesem Sinne ein besonderer 1. Mai wird. Nur wenige Wochen später, am 18. Mai, jährt sich zum 50. Mal der Jahrestag der Ermordung des türkischen kommunistischen Führers Ibrahim Kaypakkaya, der sein Leben für die Revolution gab und die ruhmreiche Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) gründete. Zu diesem Anlass wird es sicherlich im April und Mai eine Fülle von Veranstaltungen und anderen Aktivitäten geben. Wir raten allen, ihre Augen und Ohren offen zu halten, um diese nicht zu verpassen. Informationen dazu werden sicherlich auch auf der Website demvolkedienern.org zur Verfügung gestellt werden.

Eine andere Nachricht, die wir an dieser Stelle verbreiten wollen, ist das Erscheinen einer neuen internationalen Nachrichtenseite: redberald.org. Auch wenn diese Seite zum jetzigen Zeitpunkt nur auf englisch erscheint, möchten wir sie allen Lesern unserer Zeitung empfehlen. Außerdem ist es für den interessierten Leser in Zeiten von Google Translate, deepl.com und allen möglichen Arten anderer Übersetzungs-KI ein Leichtes, sich die Artikel in eine gewünschte Sprache zu übersetzen.

Eine letzte Leseempfehlung möchten wir euch machen, indem wir euch auf drei Resolutionen des Internationalen Kommunistischen Bundes aufmerksam machen. Sie behandeln unter anderem den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Erdbeben, die Teile der Türkei und Nordsyriens erschütterten und große Teile des Volkes in Elend stürzten. Sie sind in vielen Sprachen, darunter auch deutsch, auf der Website ci-ic.org zu finden.

Wie sich zeigt, bewegt sich derzeit viel und es liegt eine noch bewegtere Zeit vor uns. In diesem Sinne überlassen wir euch diese Ausgabe der Roten Post und wünschen euch viel Spaß beim Lesen.

Eure RoPo-Redaktion



Am 8. März begingen auch in Spanien Kommunisten den Internationalen Frauenkampftag. Das Revolutionäre Komitee von Albacete rief zusammen mit der Vereinigung der Afrikanerinnen zu einem Block der Arbeiterinnen gegen den Imperialismus auf. Nach wochenlanger Mobilisierung mit Graffiti, Plakaten, Aufklebern und Transparenten in verschiedenen Teilen der Stadt, insbesondere in den Arbeitervierteln, marschierte man gemeinsam unter den Bannern des Internationalen Kommunistischen Bundes und der Genossin Norah der Kommunistische Partei Perus.

Quelle: Servir al Pueblo



INMO

SES SEVICIOS

Inicio: Sa
De la C

8-M

Asociación de Mujeres "Sensibilizadas"

Asociación de Mujeres "Sensibilizadas"



Grupo de Mujeres de Cambio y Senegal
Juntos por una CASA

EINGESPART, ENTGLEIST, ENTBRANNT: MASSENKÄMPFE IN GRIECHENLAND!



In der Nacht auf Mittwoch, den 1. März, kam es in Griechenland zu einem schweren Unfall, als ein Personen- und ein Güterzug zwischen Athen und der nördlichen Hafenstadt Thessaloniki frontal aufeinander prallten. Insgesamt sollen 354 Personen betroffen gewesen sein. Viele davon Studenten. Laut offiziellen Angaben sind mindestens 57 Menschen gestorben, über 80 wurden verletzt, die Bergungsarbeiten dauern allerdings noch an. Die bürgerliche Presse schreibt von einem „Zugunglück“, und wie das so oft ist bei derartigen Ereignissen, tun alle Verantwortlichen so, als würden diese Katastrophen aus dem Nichts entstehen. So kam auch prompt der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis zum Ort des „Unfalls“, vergoß Krokodilstränen und beteuerte: „Eines kann ich garantieren, wir werden die Ursache finden und alles in unserer Macht Stehende tun, dass sich so etwas nie wiederholt.“ Jetzt im Nachhinein nützt das den Familien der Angehörigen natürlich auch nicht mehr viel. Dabei ist die Gesellschaft, die für die griechische Schieneninfrastruktur zuständig ist, die staatliche Eisenbahninfrastrukturgesellschaft OSE. Aber was war überhaupt passiert? Laut Presse ist die Ursache menschliches Versagen. Ein Stationsleiter hatte die zwei Züge, die aufeinander zu fahren, auf das gleiche Gleis fahren lassen. Der Grund, warum überhaupt ein Mensch diese Entscheidung fällen musste, ist allerdings, dass die elektronische Überwachung der Bahnstrecke offenbar seit Jahren nicht funktionierte.

GEWERKSCHAFTEN HATTEN JAHRELANG GEWARNT

Die griechischen Lokführergewerkschaft warnte seit Jahren, dass die elektronische Streckenüberwachung nicht funktioniert. So muss jeder Streckenabschnitt separat per Funk koordiniert und übergeben werden. Diese Funkkontrolle ist auf einem Abschnitt ausgefallen, so dass die Strecke von Hand freigegeben werden musste. So ein Unfall ist also kein Zufall, sondern wird von den Verantwortlichen trotz wiederholter Warnungen billigend in Kauf genommen. Kostas Genidounias, Präsident der Lokführergewerkschaft sagte: „Nichts funktioniert. Alles muss manuell erfolgen, auf der gesamten Strecke Athen-Thessaloniki. Es gibt keine funktionierenden Signalanlagen. Würden sie funktionieren, dann könnten die Lokführer die roten Signale sehen und rechtzeitig anhalten.“ Auch moderne Not-Bremssysteme fehlen. Und das, obwohl sogar die EU seit Jahren genau solche Sicherheitssysteme fordert und sogar Geld dafür zur Verfügung stellte. Dass etwas passieren würde, war also nur eine Frage der Zeit! Den politisch Verantwortlichen ist die Sicherheit des Volkes schlicht und ergreifend egal. Gerade einmal zehn Tage vor dem Unfall reagierte der inzwischen zurückgetretene Verkehrsminister noch mit einem zynischen Kommentar auf Kritik der Opposition: Es sei eine Schande, dass man „die Sicherheit in Frage stellen“ würde. Nun nutzt die griechische Regierung die Situation aus, um die Parlamentswahlen nach hinten zu schieben. Diese waren ursprünglich für April angesetzt, sollen

aber nun auf Mai beziehungsweise Juni verschoben werden. Die Proteste werden wohl anhalten und könnten die aktuell regierende konservative Partei Nea Dimokratia die Wahl kosten. Dabei ist eins sowieso klar, Wahlen werden an diesem System der Ausbeutung und dem mit ihm verbundenen Schäden sowieso nichts ändern. Das weiß auch das Volk! „Was soll ich tun? Wen soll ich wählen? Sie sind es alle nicht wert.“, sagte ein Nachbar von zwei der Getöteten.

RÜCKTRITTE UND KONSEQUENZEN? GENERALSTREIK IM GANZEN LAND!

Inzwischen wurden vier Angestellte der Bahn verhaftet, und der griechische Verkehrsminister ist zurückgetreten. Eine Reaktion auf die inzwischen seit Tagen anhaltenden heftigen Proteste im ganzen Land. Der größten seit den Massenkämpfen während der sogenannten „Euro-Krise“. Mehrere Tage in Folge legten Tausende Beschäftigte von Verkehrsbetrieben, wie der Athener U-Bahn, die Arbeit nieder. Der Protest richtet sich gegen die chronische Vernachlässigung der Eisenbahnstrecken: *„Leider sind unsere jahrelangen Forderungen nach der Einstellung von Personal, besserer Schulung und insbesondere dem Einsatz moderner Sicherheitstechnologie immer im Papierkorb gelandet.“* Inzwischen geht es aber schon längst um mehr: Auch Seeleute, Busfahrer, Ärzte, Lehrer, Studenten sowie der gesamte öffentliche Dienst traten am Mittwoch, den 8. März, in einen 24-stündigen Streik. In Athen und Thessaloniki kam es bei zu teils heftigen Kämpfen mit der Polizei. In Athen wurden mehr als ein Dutzend Demonstranten festgenommen. Auch in Patras kam es zu Kämpfen mit der Polizei. In Larissa, nicht weit entfernt vom Ort der Zugkollision, gab es einen Gedenkmarsch. Studenten riefen Parolen wie: *„Nein zu Profiten auf Kosten unseres Lebens!“* Und die Proteste halten bereits seit mehreren Tagen an. Immer wieder rufen die großen Gewerkschaften des Landes zu Streiks auf. Zehntausende sind auf den Straßen, und von Evros im Norden bis nach Kreta im Süden ist das griechische Volk vereint in ihrer Trauer und Wut auf diese Verhältnisse. Die Demonstranten fordern vollständige Aufklärung des Unfalls, und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Einer der Demonstranten reagierte in einem Interview auf die Verhaftung der Bahnangestellten: Es seien zwar ein paar Bäume gefällt worden, dahinter verberge sich aber ein ganzer Wald von Verantwortlichen. Vor allem die Privatisierung der Bahn im Zuge

der Austeritätspolitik während der „Euro-Krise“, aber auch der jahrelange Sparkurs der Regierung werden heftig kritisiert und für das Unglück verantwortlich gemacht. Eine Sache, an der auch die Europäische Union, das heißt vor allem Deutschland, nicht ganz unbeteiligt ist. Wurde doch der Sparkurs gegen die griechische Regierung ab 2011 vor allem durchgesetzt, um die Profite der deutschen Banken abzusichern. Griechenland wäre damals sogar fast aus der EU ausgetreten. Wollte doch der damalige Ministerpräsident Papandreou die Annahme der Kreditpakete an eine Volksabstimmung knüpfen, und im Falle der Ablehnung aus dem Euro austreten. Frankreichs damaliger Präsident Sarkozy und Angela Merkel verlangten aber, dass Griechenland die Kreditbedingungen ohne Abstimmung akzeptiere. Daraufhin knickte die griechische Regierung ein. Damals gab es in der BRD viele Stimmen, die sich gegen die „Unterstützung“ Griechenlands sperrten. Über „faule Griechen“ hetzte damals die Springerpresse. So begann der Ausverkauf Griechenlands. Der harte Sparkurs traf dann vor allem den „Sozialstaat“, das heißt den Gesundheitssektor, Altersvorsorge, Bildung sowie die öffentliche Infrastruktur, die wie im Fall der griechischen Bahn 2016 privatisiert wurde. Für gerade mal 45 Millionen Euro wurde die Bahn an die italienische Ferrovie dello Stato verkauft. Da diese als Einzige ein Angebot vorlegte. Ein Angebot, so lächerlich, dass einige damals spotteten, dass der Preis niedriger als die Ablösesumme für einen bekannten griechischen Fußballspieler sei.

Solche Ereignisse sind kein Zufall, ähnlich wie bei dem Erdbeben in der Türkei und Nordsyrien, wo auch nicht die Natur die Schuld trägt, dass die Auswirkungen des Bebens so heftig waren, ist auch dieses „Unglück“ das Ergebnis eines Systems, in dem der Profit an erster Stelle steht. Wie kann es sein, dass über Jahre hinweg Infrastruktur in einem so schlechten Zustand ist, dass sie Tag für Tag das Leben unzähliger Menschen gefährdet. Der Zorn des Volkes ist absolut gerechtfertigt, und fügt sich ein in eine lange Tradition des Kampfes, die das Volk in Griechenland hat. Ob im Widerstand gegen die Militärdiktatur, nach dem Tod von Alexis Grigoropoulos 2008 oder im Kampf gegen die Austeritätspolitik während der sogenannten „Euro-Krise“. Die Arbeiter und das Volk haben wieder und wieder bewiesen, dass sie bereit sind, für das Neue zu kämpfen. •

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH RÜSTEN AUF, KAMPF UNTER IMPERIALISTEN

Nun ist es also offiziell, die BRD wird Panzer in die Ukraine liefern. Die Debatte ist damit aber noch lange nicht beendet, denn kaum ist die Entscheidung gefallen, versuchen sich die bürgerlichen Schreiberlinge gegenseitig darin zu überbieten, wer lauter nach Kampfjets für die Ukraine schreien kann. Die BRD liefert 18 Leopard-2-Kampfpanzer, Portugal drei, Polen 14, Kanada vier, Norwegen acht, Spanien, Finnland und Dänemark machten keine Zusagen. Insgesamt werden stand jetzt also 43 „Leoparden“ geliefert. Dazu kommen die Panzer der Briten und Amerikaner. Jetzt feiern sie sich dafür, welche Vorreiterrolle Deutschland doch angeblich einnehme. Beim Thema Waffenlieferungen muss eins klar sein: Das ukrainische Volk kämpft heldenhaft gegen die Besatzer. Und dieser Kampf ist der einzige Grund, warum die russische Invasion gescheitert ist, nicht die Lieferung schwerer Waffen. Diese bringt die Ukraine nur in zunehmende Abhängigkeit zu den westlichen Imperialisten, vor allem den USA, deren Waffen für die Ukraine nur geleast sind. Das heißt, über Jahrzehnte teuer zurückbezahlt werden müssen. Aber auch die deutsche Rüstungsindustrie verdient sich jetzt dumm und dämlich an diesem widerlichen Abnutzungskrieg und der Militarisierung. Die Aktie von Rheinmetall hat sogar so massiv zugelegt, dass sie jetzt offiziell im DAX vertreten sind. Aber damit nicht genug. Der Konzern plant sogar, eine Panzerfabrik direkt in der Ukraine zu bauen. Dort wollen sie ihren neuen Panzer „Panther“ herstellen, wobei der Name nicht so neu ist, hieß doch schon ein Panzer der Wehrmacht „Panther“.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES VERHÄLTNISS AUF DEM TIEFPUNKT?

So schreibt es der Stern. Eine berechnete Frage, zwingt doch die zeitengewendete BRD Macron, Stellung zu beziehen. Und Frankreich lässt nicht lange auf sich warten, denn innerhalb der Europäischen Union bewegt sich der Widerspruch vor allem zwischen Deutschland und Frankreich. Dabei nimmt die BRD klar eine dominierende Rolle ein. Denn von der Wirtschaftsleistung ist der deutsche Impe-

rialismus mit einem BIP von ca. 4.262 Milliarden US-Dollar weitaus stärker als der französische mit ca. 2.957 Mrd. US-Dollar. Innerhalb des Kräfteverhältnisses zwischen den Imperialisten ist die Stärke der Wirtschaft ganz entscheidend, sie bestimmt in großem Ausmaß die militärische und politische Stärke eines imperialistischen Landes. Deutschland benutzt also seine Ökonomie, um Frankreich innerhalb der EU unten zu halten. Und die EU spielt für die BRD eine ganz besondere Rolle, denn sie ist die Grundlage des deutschen Imperialismus, auf der er auf der Weltebene mitspielt. Sie ermöglicht Deutschland den Zugriff auf die Märkte anderer Länder, sowie den Zugang zu Rohstoffen und billiger Arbeitskraft.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Karten neu gemischt. So geht die ursprüngliche Strategie der deutschen Imperialisten, um sich zur Supermacht zu entwickeln, nicht mehr auf. Statt langfristigem ökonomischen Wachstum mithilfe von billigem Öl und Gas aus Russland müssen sie sich nun strategisch neu ausrichten. Und das heißt vor allem eins – massiv aufrüsten und die Militarisierung der Gesellschaft voran treiben. Nach Innen und Außen! Frankreich hingegen ist militärisch wesentlich schlagkräftiger als die BRD. Außerdem ist Frankreich die einzige Atommacht innerhalb der Europäischen Union und hat mit 208.750 Soldaten und 141.050 Reservisten eine größere Armee als die BRD mit 183.638 Soldaten und 30.050 in der Reserve. Auch beim Equipment ist Frankreich besser ausgestattet als die BRD. Deutschland aber hat Frankreich vor allem eine Sache voraus, und das ist die relative Stabilität im Inneren. Wie man erst in den letzten Wochen an den Kämpfen rund um die von Macron geplante Rentenreform in Frankreich sehen konnte. Wenn ein französischer Präsident plant, das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre zu erhöhen, dann gibt es massive Proteste mit Millionen von Menschen auf den Straßen und teils sehr heftigen Kämpfen. Dem gegenüber steht ein Deutschland, in dem es seit Jahren Rente mit 67 gibt, einen Niedriglohnsektor, der Anfang der 2000er etabliert wurde und bis heute nachwirkt, trotz zwölf Euro Mindestlohn. Auch Vororte wie die berühmten Banlieues, in denen viele ärmere Menschen konzentriert leben, gibt es in Deutschland, wegen

des Konzepts der sozialen Durchmischung, nicht. So haben die deutschen Imperialisten es geschafft, über Jahre hinweg immer auf einem schmalen Grat zu wandern. Immer nur gerade so viel, dass das Volk sich nicht zu sehr wehrt. Jede Opposition gegen den Staat wird sofort delegitimiert und wahlweise in diese oder jene Ecke gestellt. Das französische Volk dagegen lässt sich die Übergriffe der herrschenden Klasse eben nicht einfach so gefallen. Nun kündigt Frankreich selber eine massive Militarisierung an. Von 2024 bis 2030 will Frankreich 400 Milliarden in seine Armee pumpen. Auch die Modernisierung der französischen Atomwaffen steht auf dem Programm. Verstärkte Investitionen kündigte Macron auch in die Aufklärung, die Abwehr von Cyberattacken sowie für neue Flugzeugträger und Drohnensysteme an. Das alles dient vor allem dazu, die Aufrüstung der Deutschen zu kontern, um den strategischen Vorteil nicht zu verspielen. Frankreich will eben nicht vor der selben Wahl stehen wie damals die Briten, die mit dem Brexit die EU verlassen haben, eben weil sie sich nicht dem deutschen Imperialismus unterordnen wollten.

LAMBRECHT GEHT, PISTORIUS KOMMT! MIT DEM ADVOKAT ZUM STARKEN STAAT.

Auch die Ernennung von Boris Pistorius (SPD) zum neuen „Verteidigungs“minister ist kein Zufall; ein Rechtsverdreher, vom gleichen Schlag wie ein Olaf Scholz, wird er schon die Schlupfwinkel durch die Verträge finden, die die deutsche Aufrüstung begrenzen. Im Rahmen der Westintegration auf der Londoner Neunmächtekonferenz 1954 unterschrieb die BRD, dass sie keine eigenen Atom-, Bio- oder Chemiewaffen produzieren werde. Das war die Bedingung für die Wiederbewaffnung Deutschlands, die Aufnahme in die NATO und die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU), dem Vorläufer der heutigen EU. Auch auf die Produktion von Fernlenkgeschossen und schweren Schiffstypen sowie Bombern musste die BRD damals verzichten. Vor allem Frankreich war gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands, sodass die Verhandlungen fast scheiterten. Nach der Annektion der DDR wurden die Außengrenzen der BRD im 2+4-Vertrag festgeschrieben, die BRD verzichtete auf jegliche Gebietsansprüche in Osteuropa. Es verblieben amerikanische Truppen und Atomwaffen auf dem Staatsgebiet der BRD. Die Truppenstärke der deutschen Streitkräfte

wurde auf 370.000 Mann reduziert und beschränkt. Deswegen legt die BRD auch einen so großen Fokus auf die Nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO. Die BRD hat so die Möglichkeit, in der Praxis doch über Atomwaffen zu verfügen, und sieht das auch explizit als seine Aufgabe.

Mit Pistorius hat der deutsche Imperialismus genau den richtigen gefunden, nämlich einen Militaristen, der die Pläne der BRD auch tatsächlich umsetzen wird. Seine Vorgängerin Lambrecht, von der konservativen „Welt“ zynisch als erstes deutsches Kriegsoffer bezeichnet, war für diese Aufgabe schlicht ungeeignet, und so war ihr „Rücktritt“ aufgrund der Lappalie um das Silvester-Video nur vorgeschoben und lange medial vorbereitet. Pistorius, als Mann der Tat, kommt rein „zufällig“ genau in dem Moment, wo Frankreich seine Aufrüstungspläne ankündigt, und zögert dann auch nicht lange, noch mehr Geld für die Rüstung zu fordern: *„Sich allein dem Zwei-Prozent-Ziel annähern zu wollen, wird nicht reichen“*, das müsse die Basis sein für alles Weitere. zwei Prozent des BIP sollen also künftig die Untergrenze sein für das, was der deutsche Imperialismus für seine Armee ausgibt. Gerechnet mit dem BIP von 2021, sind zwei Prozent schon ca. 72 Milliarden im Jahr, damit hätte Deutschland den **drittgrößten** Militäretat der Welt, noch vor Russland. Auch Rheinmetall-Chef Armin Papperger hat bereits Blut geleckt: *„100 Milliarden Euro klingen nach einer riesigen Summe, aber wir bräuchten eigentlich ein 300-Milliarden-Euro-Paket, um alles zu bestellen, was benötigt wird.“*

LEOPARDEN ODER DOCH EHER PAPIERTIGER?

Jedes Bündnis der Imperialisten, egal in welcher Form, sogar in einer relativ festen wie der EU, ist nur vorübergehend. Ändert sich das Kräfteverhältnis, so zerfallen auch die Bündnisse der Imperialisten, da jeder von ihnen an die Spitze will. Entsprechend wird sich auch das Verhältnis zwischen der BRD und Frankreich in diesem Widerspruch bewegen. Die Arbeiter und das Volk dieses Landes müssen die Pläne dieser Kriegstreiber bekämpfen. Die Militarisierung dient nur dazu, noch mehr Blut der Arbeiter und Völker zu vergießen: *„Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie nicht gar so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht.“* – Vorsitzender Mao •

ENDLICH GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT?

Pünktlich, einige Wochen vor dem diesjährigen 8. März – dem internationalen Frauentag – verkündete das Bundesarbeitsgericht (BAG) ein Urteil, das kurz darauf in vielen bürgerlichen Medien als ein großer Sieg für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Deutschland gefeiert wurde.

DIE VORGESCHICHTE

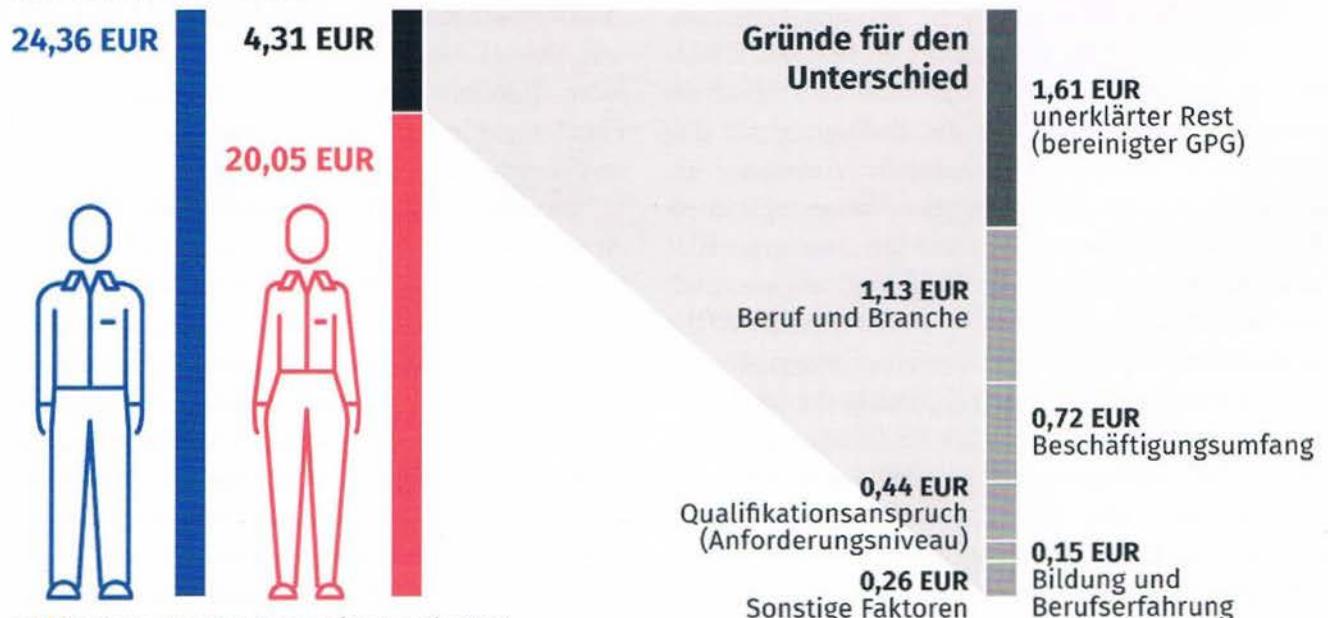
Eine Frau, die im Vertrieb einer Metallfirma in Meißen bei Dresden arbeitete, hatte geklagt, dass weniger verdiente als ein männlicher Kollege mit der gleichen Tätigkeit. Sie konnte nachweisen, dass ihre Chefin ihr über Monate hinweg 500 Euro weniger zahlte als dem männlichen Kollegen, und auch weniger als anderen männlichen Kollegen. In ihrer Probezeit verdiente sie sogar 1000 Euro weniger als ein Kollege, der nur drei Monate vor ihr eingestellt worden war. Ihr männlicher Kollege hatte bei seiner Einstellung das Gehalt von 3500 Euro abgelehnt und bekam daraufhin 4500 Euro Einstiegsgehalt. Dieser Umstand wurde vom Arbeitskäufer vor Gericht als Grund für die ungleiche Bezahlung vorgeschoben. Der Mann hätte „besseres Verhandlungsgeschick“ bewiesen.

DAS URTEIL

Das BAG urteilte dann Mitte Februar, dass die Chefin die Frau „aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt“ hatte. Die weibliche Beschäftigte habe einen Anspruch auf die gleiche Bezahlung. Sie bekam eine Ausgleichszahlung sowie eine zusätzliche Entschädigung. In vielen Medien wurde da Urteil daraufhin als ein großer Erfolg für die Gleichberichtigung in der Bezahlung von Mann und Frau gehandelt. Immerhin gibt es in Deutschland laut letzten Zahlen einen durchschnittlichen Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen von 18 Prozent, bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit soll es einen Unterschied von 7 Prozent geben (destatis.de, 30. Januar 2023). Dazu ist anzumerken, dass diese Zahlen seit Jahren angeblich sinken sollen. Dabei ist es undurchsichtig, wie diese Angaben genau entstehen, das Statistische Bundesamt gibt sogar zu, dass in vielen Bereichen Daten fehlen und geschätzt wird. Während das Bundesamt davon ausgeht, dass die eigentlichen Unterschiede niedriger liegen, ist das Gegenteil wohl eher der Fall. Der bürgerliche Staat versucht, die Widersprüche zu verschleiern und runter zu spielen, um den Klassenkampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht zu befeuern.

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen 2022

Bruttostundenverdienst



Ist das Urteil nun der „bahnbrechende Erfolg“, für den es gehalten wird? Erstmal ist die Feststellung, dass Frauen und Männer im Recht der herrschenden Klasse – der Bourgeoisie – in allen Bereichen gleichberechtigt sein sollen, nichts sehr neues, auch in Deutschland nicht. Immerhin heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik in Artikel 3 Absatz (2):

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Das Urteil stellt also nichts besonders Neues fest, sondern ist vor allem eine Bestätigung dafür, dass die von der Bourgeoisie gepriesene Gleichberechtigung in Deutschland vor allem eine *formale* ist. Sie wird zwar erklärt, aber existieren tut sie in der Tat nicht, und auch nach fast 75 Jahren, seit denen das Grundgesetz existiert, wurden wirtschaftliche und politische Unterschiede zwischen Männern und Frauen mitnichten beseitigt, wie auch das Urteil des BAG zeigt.

JETZT ALLE GLEICHBERECHTIGT?

Es wurde in der Folge des Urteils immer wieder betont, dass es „ein deutliches Zeichen“ sei oder „eine gute Nachricht für alle Frauen“. Was so klingt, als ob es nun eine Garantie gäbe, dass ein ganzen Schritt Richtung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gemacht wäre, entpuppt sich wieder Mal als Augenwischerei. Ist das Urteil doch nur eine weitere Bestätigung für etwas, was eigentlich laut Grundgesetz schon lange gelten sollte. Doch nun müssten alle arbeitenden Frauen, die

den Verdacht hegen, dass sie weniger für die gleiche Arbeit bekommen als ihre männlichen Kollegen, individuell vor Gericht ziehen. Doch im Arbeitsrecht bezahlt man, auch wenn man die Klage gewinnt, seinen Anwalt selber. Das bedeutet natürlich, dass es für Frauen aus den unteren Schichten der Arbeiterklasse wesentlich schwerer ist, vor Gericht einen Erfolg zu erstreiten – es fehlt in der Regel an dem nötigen Geld. Wie viele Arbeiterinnen verdienen schon im Bereich von 3500 bis 4500 Euro?

Die formale rechtliche Gleichstellung der Frauen im Kapitalismus, die sie sich nach ihrer vermehrten Tätigkeit in der Produktion erkämpft haben, ist zwar ein Fortschritt für die Frauenbewegung. Trotzdem sind die Frauen noch weit weg von ihrer wahrhaftigen Befreiung und damit auch davon, in allen Bereichen den Männern tatsächlich wirtschaftlich und politisch gleichgestellt zu sein. Dieser Zustand wird sich im gegenwärtigen wirtschaftlichen System auch nicht erreichen lassen. Die Unterdrückung der Frau ist schließlich entstanden mit dem Privateigentum – aktuell ist dieses System der Kapitalismus in seiner letzten Stufe, dem Imperialismus. Das heißt, solange es weiter besteht, wird auch die zusätzliche Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen durch das Patriarchat nicht aufhören, zu existieren. Entsprechend liegt die Befreiung für die Frau nicht im Gerichtssaal des Staates der herrschenden Klasse, sondern im Kampf gegen Imperialismus und Patriarchat. Um den Kampf für die Befreiung der Frau nicht anderen Kräften zu überlassen, die immer wieder nur dazu führen, dass er auf Abwege und ruhige Bahnen geführt wird, müssen wir Frauen uns in der proletarischen Frauenbewegung zusammenschließen und mutig den Kampf gegen Imperialismus und Patriarchat aufnehmen. •



Demo am diesjährigen 8. März in Bremerhaven

AUSBEUTUNG À LA USA IN DER „GIGA BERLIN“

Seit letztem Jahr produziert der amerikanische Elektroauto-Riese Tesla Fahrzeuge und Batterien im brandenburgischen Grünheide. In den Augen vieler steht das Unternehmen von Elon Musk für Innovation und Fortschritt, und deshalb sei das Werk südöstlich von Berlin auch eine gute Sache. Zeit, mit ein paar Sachen aufzuräumen.

Tesla, Inc. wurde 2003 in den Vereinigten Staaten gegründet und stellt Elektroautos, Batteriespeicher und Photovoltaikanlagen her. Das Unternehmen beschäftigt knapp 130.000 Mitarbeiter, machte vergangenes Jahr 81,46 Milliarden US-Dollar Umsatz. Es gilt als Branchenführer für Elektroautomobile, was ihm einen besonders positiven Ruf eingebracht hat, da es nicht nur moderne Technik in modernem Design in zunehmend Massenproduktion anbietet, sondern auch eine Vorreiterrolle als Hersteller von Nicht-Verbrenner und somit „klimafreundlichen“ Autos einnimmt. Dafür setzt Tesla auf Lithium-Ionen-Akkus, für die Lithium in der dritten Welt, wie z.B. in Bolivien, unter Ausbeutung der Menschen dort abgebaut wird, wobei der Abbau die Gebiete wie den Salzsee Salar de Uyuni langfristig zerstört, das Grundwasser verschmutzt und die allgemeine Wasserknappheit verstärkt. Den von den USA genau vor dem Hintergrund des Lithium-Abbaus inszenierten Staatsstreich in Bolivien kommentierte Elon Musk folgendermaßen: *„Wir machen Staatsstrieche wann immer wir wollen! Komm drauf klar.“* Jener Musk, der heute Twitter aufkaufen, morgen die Hälfte seiner Mitarbeiter dort und 10 Prozent bei Tesla auf einen Schlag entlassen und in Berliner Sex-Clubs rumhängen kann, Vater von zehn Kindern aus diversen Beziehungen, von denen einige fast gleichzeitig von unterschiedlichen Frauen geboren wurden oder Namen wie „X Æ A-12“ bekommen sollten, und für sexuelle Übergriffe beschuldigt ist, wurde 2004 zum Aufsichtsratsvorsitzenden und „arbeitete“ sich Stück für Stück zum reichsten Menschen der Welt hoch.

2022 begann, nach den Protesten gegen die Errichtung des Werks, wegen der Waldrodung und anschließend der Verunreinigung des Trinkwassers (Tesla leitet Sulfat über das Abwasser in die Spree), in Grünheide der Betrieb. Schnell wurde klar, dass die Mitarbeiter hier nicht so innovativ und fortschrittlich behandelt

werden, wie das Image von Tesla ist. Während im Juli zwei Wochen Werksferien für die Belegschaft sehr kurzfristig angekündigt wurden, machte die Information die Runde, dass neu Eingestellte einen höheren Lohn erhalten würden als die, die gerade vier Monate zuvor zu Betriebsstart in der Fabrik eingestellt wurden. Im Allgemeinen gibt es eine ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit; Tesla hat sich Maßnahmen einfallen lassen, Spaltung in der Belegschaft zu säen und einen engen Zusammenschluss zu verhindern.

Anfangs bezeichnete Elon Musk die Fabrik als einen „Geldverbrennungsofen“ – es ist klar, dass man an allen Ecken und Enden sparen will, um den Profit möglichst groß zu halten. Gearbeitet wird hier auch nicht nach Tarifvertrag, damit bleibt Tesla deutlich unter dem Niveau des normalerweise geltenden Flächentarifvertrags der Metall- und Elektroindustrie; die IG Metall spricht sogar von 20 Prozent weniger. Elon Musks Verhältnis zu Gewerkschaften zeigte sich bereits in Vorfällen wie, als er in den USA Tesla-Arbeitern mit finanziellen Konsequenzen gedroht hatte, wenn sie sich in der Gewerkschaft United Auto Workers engagieren würden. Der Betriebsrat in der Gigafactory oder „Giga Berlin“, wie der Konzern sein Werk in Grünheide in Anlehnung an die großen Mengen elektrischer Energie nennt, wird dominiert von der unternehmensfreundlichen „Vertretung“ Gigavoice, deren Mitglieder aus der Führungsebene stammen. Gewählt wurde er, bevor die meisten Arbeitsverträge in Kraft traten, wodurch der Einfluss der Arbeiter geschrumpft wurde. Die Unternehmensform von Tesla in Deutschland – die SE, die Europäische Aktiengesellschaft – ist zudem absichtlich so gewählt, dass gewerkschaftliche Arbeit im Unternehmen unterbunden werden kann. Man sieht, dass hier viel Gewicht darauf gelegt wurde, Arbeitervertretungen zu verhindern, um den Lohn niedrig zu halten. Das Problem ist hier, dass Tesla gewissermaßen aufgrund der Lage einen Freifahrtschein hat. Die Region Berlin ist, was richtig große Fabriken und dabei auch die Automobilindustrie angeht, eine Nische, in die sich Tesla sehr bewusst begeben hat. Viele (auch kleinere) deutsche Städte und Regionen haben eine Autofabrik, in der mehr als 5.000 Menschen arbeiten; die fast vier Millionen

Einwohner zählende Hauptstadt hat lediglich ein Mercedes-Werk mit 2,5 Tausend Mitarbeitern vorzuweisen. Mit den 8500 im vergangenen Jahr eingestellten Mitarbeitern wurde Tesla ganz schnell zum größten Industriestandort in Berlin/Brandenburg. Daraus folgt, dass es für Tesla hier kaum Konkurrenz gibt und es für die Arbeiter keine „bessere Alternative“ zu der Fabrik vor den Toren Berlins gibt.

Die Beschwerden der Arbeiter reichen heute von „chaotischen Verhältnissen“ bis zu „extremen Druck“, den das Unternehmen auf jeden einzelnen ausüben würde. *„Manche Leute sind länger krank, als sie tatsächlich gearbeitet haben. Es gibt Leute, die ich in sechs Monaten drei Wochen lang nicht arbeiten gesehen habe“*, berichtet ein Mitarbeiter gegenüber dem amerikanischen Magazin Wired. Die Situation im Werk sei ein totales Chaos; es würden dauerhaft unzählige Leute kommen und gehen – die, die gehen, weil sie zurück zu ihren vorherigen Jobs wollen würden, weil es dort tatsächlich besser war, die, die kommen sollen, will Tesla jetzt vermehrt zunehmend hinter der nahe gelegenen polnischen Grenze suchen. Als „knallharte Ausbeutung“ wird die Gigafactory beschrieben. In der Gießerei, wo als erstes der Drei-Schicht-Betrieb eingeführt wurde, ging es so weit, dass die Mitarbeiter wegen krankheitsbedingten Ausfällen und der engen Besetzung sich auf Abruf bereit halten mussten, in einer anderen Schicht in die Bresche zu springen. Ein weiterer Bericht stammt von einem Arbeiter, der über LinkedIn an Tesla vermittelt wurde und für den Job mehrere Hundert Kilometer nach Berlin zog. Kurz vor Vertragsbeginn habe er einen neuen Vertrag zugesandt bekommen mit anderem Titel und dem Einverständnis zu Wochenend- und Nachtschichten nach Bedarf des Unternehmens. Aus dem 24/7- wurde nach zwei Monaten ein Drei-Schicht-System, was für ihn und seinen kleinen Sohn noch schwierigere Umstände bedeutete.

Arbeitssicherheit ist ein weiteres Thema. Im September wurde bekannt, dass das gesamte Werk auch ein halbes Jahr nach der Eröffnung noch nicht über eine Brandmeldeanlage verfügte. Außerdem werden die Maßnahmen zum Schutz vor mineralischem Staub mit unterschiedlichen Quarzgehalten, der beim Einatmen zu Tuberkulose oder im schlimmsten Fall zu Lungenkrebs führen kann, den Mitarbeitern nur halbherzig nahegelegt, wodurch besonders Arbeiter mit schlechteren Deutschkenntnissen überhaupt nicht wirklich über diese Gefahr informiert sind.

DIE POLITIK STEHT SPALIER

Namhafte Größen wie der Bundesgangster Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck weihten an der Seite von Elon Musk 2022 feierlich die Giga Berlin ein. Von Anfang an mit dabei und ehrgeiziger Verteidiger des Projekts ist der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Er wies alle Umweltbedenken, wie bezüglich des Trinkwassers, zurück, lobte den Standort in alle Höhen und sicherte zuletzt in einem Brief an Musk Unterstützung für die noch ungelöste Versorgung der Fabrik mit Wasser und Strom, wenn sie ausgebaut wird, zu. Er soll sich, statt z.T. Selbstverschuldungen von Tesla, erst mal um die Probleme der Menschen in Brandenburg kümmern, das ist nämlich eine ganze Menge! Es ist unwahrscheinlich, dass Woidke nicht irgendwelche direkten persönlichen Vorteile aus der Fabrik in Grünheide zieht. Scholz ist da ja auch ein gutes Vorbild. So zeigt sich wieder der Zweck der bürgerlichen Parteien: die Herrschaft der Imperialisten zu verteidigen. Der neue Berliner Senat, der sich nun nach dem zweiten Wahlchaos formiert, wird genug Beispiele geben.

Abschließend sei noch kurz auf diejenigen eingegangen, die Elon Musk immer noch als einen „Mann des Fortschritts“ loben, und meinen, trotz der Ausbeutung bei Tesla und in der dritten Welt sei dieser technische Fortschritt in der „E-Mobilität“ ohne ihn nicht möglich: Es hätte ihn schon *längst gegeben*, wenn nicht eine Handvoll Parasiten in ihrem Profitwillen die Arbeiterklasse und das Volk ausbeuten und unten halten und die technischen Kenntnisse nur für sich reservieren würde. Die Massen, und nur die Massen machen die Geschichte, und wenn sie sich befreit haben, dann werden die im Imperialismus gemachten Fortschritte technischer Natur rasch verblassen. •



ESSEN AN SCHULEN UND UNIVERSITÄT WIRD IMMER TEURER

In Hamburg bekommen immer mehr Familien Probleme damit, das Mittagessen für ihre Kinder in der Schule zu bezahlen. Immer wieder erhöhte sich der Preis fürs Essen an den Schulen in den letzten Jahren. Immer mehr Kinder können nicht mehr in ihrer Schule essen, einfach weil sie es sich nicht leisten können. Doch nicht nur in den Schulen grassiert dieses Problem. Auch die Berufsschulen und Unis sind betroffen von den Preissteigerungen in den Mensen. In diesem Artikel wollen wir einen Überblick über die verschiedenen Bildungsbereiche geben, in denen die Probleme von der herrschenden Klasse in diesem Land völlig ignoriert werden.

SCHULSENATOR SORGT FÜR HOHE PREISE

Zur Zeit liegt der Preis für eine Mahlzeit an Hamburger Schulen bei 4,15 Euro. Doch nicht mehr lange, denn ab August 2023 hebt der Hamburger Senat die Preisgrenze für ein Schulessen auf 4,80 Euro, also um ganze 65 Cent an. Gerechnet auf einen ganzen Monat sind das knapp 15 Euro, die Eltern pro Kind mehr blechen müssen. Im Jahr 2019 lag diese Preisgrenze noch bei 3,50 Euro, bis Ties Rabe (SPD), Hamburger Senator für Schule und Berufsbildung, einen sogenannten Preisindex einführte. Dieser Preisindex sorgte für Flexibilität bei der Preisgrenze, die zuvor feststand. Denn mit dem Preisindex passen sich die Preise fürs Schulessen der Inflationsrate und den allgemeinen Preissteigerungen an, sodass die Preisgrenze mit steigenden Preisen automatisch höher wird. Nur wenige Monate später kam die Pandemie, die ein Beschleuniger für die wirtschaftliche Krise und damit auch für die steigenden Preise war. Schritt für Schritt gingen die Preise für das Mittagessen also immer weiter nach oben. Besonders zynisch an der ganzen Geschichte ist, dass Ties Rabe und sein Senat die Entscheidung für den Preisindex mit einem Entgegenkommen an die Caterer begründete. Diese beschwerten sich schon 2019, da sie mit immer höheren Preisen konfrontiert waren und wandten sich mit Forderungen an den Hamburger Senat. Diese Forderung bestand aber nie darin, die Preise einfach für die Eltern zu erhöhen. Denn in einem Zusammenschluss mit dem Elternverband legten sie damals einen Vorschlag vor, der besagte, die Preisgrenze zwar zu erhöhen, die

Differenz sollte aber von der Stadt subventioniert und übernommen werden. Stattdessen schuf Ties Rabe ein Modell, mit dem die erhöhten Preise zu hundert Prozent auf den Schultern der Eltern lasten.

Im Jahr 2021 wurden gut sechs Millionen Euro Fördermittel von der Stadt zur Verfügung gestellt, um Preise „stabil“ zu halten. Geklappt hat das offensichtlich nicht. Das meiste Geld wurde allerdings für ein Konzept aufgewandt, das vorsieht, Eltern zu „entlasten“, die mehrere Kinder in der Schule haben. Das zweite Schulkind muss dann nur noch einen geringeren Teil des Preises zahlen. Bei diesem Konzept, das es so übrigens nur in Hamburg gibt, wird nicht nach Einkommen unterscheiden. Das heißt, egal ob die Eltern arm oder reich sind, der Preis fürs zweite, dritte oder vierte Kind sinkt. In den meisten anderen Städten und Bundesländern gibt es wenigstens so etwas wie eine „Sozialstaffel“, mit der nur die Familien subventioniert werden, die auch wirklich auf diese Hilfe angewiesen sind – zumindest funktioniert es so in der Theorie. Doch nicht einmal ein solches Modell gibt es in Hamburg. Ganz im Gegenteil, mit seinem sogenannten Preisindex hat Schulsenator Ties Rabe das Problem nur noch verschlimmert und das ausgerechnet wenige Monate, bevor die Krise mit voller Wucht einschlug.

KLEINER LOHN, TROTZDEM HOHE PREISE

Auch an den Berufsschulen haben die Auszubildenden mit hohen Mensapreisen zu kämpfen. Gerade Azubis, diejenigen, die mit dem kleinsten Lohn von allen klarkommen müssen, werden mächtig zur Kasse gebeten, wenn sie Mittags warm essen möchten. Doch bekanntermaßen werden die Azubis immer wieder vergessen, sodass keine staatlichen Subventionen oder andere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben mit einer Hamburger Auszubildenden gesprochen, die uns von der Situation an ihrer Berufsschule folgendes berichtete:

„In der Mensa meiner Berufsschule gibt es einen Caterer, der die Küche mit Essen beliefert. Das Essen ist extrem teuer und für Schüler, die ein geringes Einkommen haben, fast unbezahlbar. Man zahlt zum

Beispiel für eine Flasche Limo mit 2,50 Euro mehr als den Kiosk-Preis und für einen Teller Mittagessen 4-5 Euro. Mit Mittagessen, Getränk und einem Brötchen ist man also ganz schnell bei zehn Euro am Tag.

Mir kann keiner erzählen, dass das nur mit den allgemein steigenden Lebensmittelpreisen zu tun hat, das ist wirklich einfach Wucher. Aber warum wollen sie gerade an den Azubis so viel verdienen, denjenigen, die mit am wenigsten Geld haben und dann auch noch an so was essentiellen wie dem Essen? Und dass es an meiner Berufsschule so teuer ist, obwohl die Meisten bis zum Ende ihrer Ausbildung als Praktikanten gelten und nicht mal ein Azubi-Gehalt erwarten können, verstehe ich wirklich nicht.

Der Weg zum nächsten Supermarkt ist so weit, dass der in den kurzen Pausenzeiten schlicht nicht zu erreichen ist. Und das wenige Geld reicht sicher nicht, um jeden Tag den Imbiss zu besuchen. Manche von uns sind drei bis vier Mal pro Woche hier und haben teilweise von morgens bis abends Unterricht. So bleibt uns nichts anderes übrig, als dass jeder Einzelne den ganzen Tag Taschen voller Proviant mit sich rumschleppt, von der Vorbereitungszeit mal abgesehen. Dabei wäre es doch gar nicht so schwer, eine bezahlbare kollektive Versorgung der Berufsschüler zu gewährleisten.

Unser Lehrer gibt uns nur den Rat, die Mitarbeiterinnen freundlich anzulächeln, auch wenn's mal nicht so lecker ist. Natürlich, die haben ebenso wenig von dem Profit ihrer Firma und können wohl am wenigsten für unsere Empörung. Aber man soll nicht nur freundlich lächeln, man muss gemeinsam dafür sorgen, dass sich etwas ändert.“

noch höher werden sollen, ist angesichts der Lage ein verdammt schwacher Trost. Die letzte Preiserhöhung gab es im vergangenen August. Mittlerweile zahlt man für ein vegetarisches Gericht um die fünf Euro, wenn Fleisch dabei sein soll liegt man eher bei sechs oder sieben Euro. Damit sind die Unimensen nicht mehr günstiger als der Imbiss um die Ecke. Das bedeutet für einen Großteil der Studenten, dass sie sich das Mensaessen nicht mehr leisten können. In der BRD fallen gut 40 Prozent der Studenten unter die Armutsgrenze. Die BAföG-Sätze reichen bei weitem nicht mehr aus, in den ersten Entlastungspaketen der Bundesregierung haben Studenten keinen Cent gesehen, und die seit Monaten angekündigten Hilfszahlungen sind immer noch nicht angekommen.

Dagegen formiert sich an der Hamburger Uni Widerstand. So gab es Ende 2022 eine Plünderungsaktion, bei der Essen konfisziert und später kostenlos verteilt wurde. Die Wut der Studenten über die Preissteigerungen ist groß. Vor allem darüber, dass Milliarden von Euros für Waffen und Krieg locker gemacht werden, während der Bereich Bildung kaum subventioniert wird. Und nicht zu vergessen sind die Millionenbeträge, die an der Hamburger Uni für Waffenforschungen verpulvert werden. Bisher fehlt aber eine revolutionäre Studentenbewegung, die in der Lage dazu ist, den Kampf für diese Tagesforderungen so zu organisieren, dass er Früchte trägt. Man beschränkt sich auf bloßen Aktivismus mit guten Aktionen, aber ohne tatsächliche Organisation, die aufgebaut werden muss, um diese Kämpfe führen zu können. Das bedeutet für uns, ob Schüler, Eltern, Azubis oder Studenten, den Widerstand zu organisieren, unsere Kämpfe zu verbinden und uns zusammenzuschließen, um für bezahlbare Mahlzeiten an den Schulen oder Unis zu kämpfen. •

ERHÖHTE MENSAPREISE SORGEN AN DER UNI FÜR WIDERSTAND

Noch vor einigen Wochen ließ das Hamburger Schmierblatt MOPO verkünden: „Gute Nachricht für Studenten: Kosten für Wohnheim und Mensa werden nicht erhöht“. Eine „Gute Nachricht“, die für die Studenten reichlich zu spät kommt. Denn im Jahr 2022 haben sich die Preise für Essen in den Mensen, aber auch die Mieten in den Studentenwohnheimen drastisch erhöht. Dass die Preise ab sofort nicht

TVÖD-STREIK IM KRANKENHAUS



Im Rahmen der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst wurden im Februar die Bremer Krankenhäuser der Gesundheit Nord (GeNo) bestreikt. Ein Teil der Belegschaften verließ für den jeweiligen Tag die Station und ging auf die Straße, um die Forderung nach 10,5 Prozent mehr Lohn – von den meisten damit kommentiert, dass es noch deutlich mehr sein müsse, und dass zudem viel mehr Entlastung kommen müsse – hochzuhalten. Wir haben uns auf der Streikdemo beim Klinikum Bremen-Mitte nach den Stimmen der Belegschaft umgehört.

Mitarbeiterinnen der Kinderklinik beklagen: „Das Hauptproblem ist die Mehrarbeit für uns, die unbezahlten Überstunden häufen sich. Es geht hier seit Jahren bergab. Deshalb verlassen uns gerade auch immer mehr, um in andere Bereiche zu gehen.“ Ein im Augen-OP Beschäftigter erwidert: „Hier geht es auch bergab. Viele gehen weg, weil es zu wenig Geld gibt. Ob die Forderungen erreicht werden – ich weiß es nicht. Ich hoffe es.“

Ver.di hatte an diesem Tag relativ wenig Personal auf die Straße gebracht; die Mobilisierung für die Protestkundgebung am Krankenhaus war sehr dünn, und so waren die Informationen an vielen vorbeigegangen. Zudem forciert die GeNo seit langem eine Spaltung der Belegschaft, die als Nebeneffekt der schlechteren Beschäftigung mehrerer Gruppen erreicht werden soll. Zum einen sind dort die als Hilfskräfte beschäftigten Pflegekräfte, denen es nicht an Qualifizierung, aber an Papieren in Zusammenhang mit Sprachkenntnissen mangelt. Wir berichteten letztes

Jahr über die Situation von mexikanischen „importierten“ Pflegekräften bei der GeNo (RoPo Ausgabe 56), die aufgrund ihrer Situation von den Krankenhausträgern noch mehr ausgebeutet werden können. Zum anderen plant die GeNo, eine Menge an Beschäftigten in die „GND“ (Gesundheit Nord Dienstleistungen), ein Tochterunternehmen, das unter anderem die Reinigung der Kliniken organisiert, zu überführen, um sie dort zu schlechteren Bedingungen zu beschäftigen. Hinzu kommt die zunehmende Beschäftigung externer Zeitarbeitsfirmen. Ein Kollege vom OP berichtet:

„Ich habe eher keine Hoffnung, dass diese Verhandlungen etwas Zählbares bringen werden. Bei uns sind zunehmend Leute von einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt, die ungefähr das Gleiche verdienen, aber nicht in Schichten arbeiten wie wir. Ich habe kein Bock mehr darauf, dafür kriege ich zu wenig Geld. Jetzt überlege ich, woanders hin zu gehen.“

Hierin zeigt sich bereits, was die Chefs erreichen wollen: Nicht mehr eine zusammen kämpfende Belegschaft, sondern viele kleinere Gruppen, die alle mehr oder weniger für sich kämpfen und so auch keine Schlagkraft entwickeln.

Die Einschätzungen zur Erfüllung der aufgestellten Forderungen an den VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) im Tarifstreit gehen bei den Beschäftigten weit auseinander und zeigen auch ein Stück weit das Vertrauen auf, das in

die Leute, die einen am Verhandlungstisch vertreten, existiert. *„Ich habe Hoffnung, dass die Forderungen umgesetzt werden“*, meint eine Auszubildende aus der Pflege. Kolleginnen aus der Gynäkologischen Ambulanz sind da deutlich weniger optimistisch: *„Wir haben eigentlich gar keine Hoffnung, dass die Forderungen umgesetzt werden. Hier geht es seit Jahren bergab oder wird zumindest nicht besser, und es ist keine Besserung in Sicht. Im Augenblick verlassen uns auch mehr wegen den schlechten Arbeitsumständen.“*

Schlechter Lohn für harte Arbeit, folglich weniger Interesse an dem Beruf, folglich Personalmangel, folglich Mehrarbeit, folglich noch weniger Interesse an dem Beruf. Eine Abwärtsspirale verdeutlicht sich im seit Jahren unter Sparmaßnahmen leidenden Gesundheitssektor. Besonders Nachwuchskräfte wissen schnell nach ein paar Jahren, dass sie hier auf keinen Fall ein Leben lang arbeiten wollen.

Die Organisierung des Streiks lässt zu Wünschen übrig. Ein lähmender Faktor ist zum Beispiel, dass es nicht einen gemeinsamen Protest aller Kliniken der GeNo gibt. Es werden zwar alle bestreikt, aber weder am gleichen Tag, noch gibt es eine gemeinsame Aktion an einem Ort. Auch Auszubildende, die nicht nach TVöD beschäftigt sind, dürfen nicht teilnehmen, weil es ja „aktuell nicht ihre Sache“ sei. Die Forderung nach TVöD für alle Beschäftigten, um eine Spaltung der Belegschaft aus dem Weg zu räumen, sollte Forderung auf jeder Streikaktion im öffentlichen Dienst sein, insbesondere im Gesundheitswesen!

Eine Krankenpflegerin ist äußerst verärgert über die Gewerkschaftsführung und erzählt uns: *„Ich fühle mich total verraten. Wir haben ständig irgendwelche Anliegen und wenden uns damit an die Gewerkschaft, aber man hält uns immer hin, es ist total bürokratisch, und es wird sich nie tatsächlich bemüht. Die Funktionäre machen sich den Geldbeutel auch gut voll, aber für die Belegschaft machen die nichts. Diese Forderung mit den 10,5 Prozent – das ist sowieso schon zu niedrig angesetzt, und in den Verhandlungen wird das eh nie konsequent durchgesetzt. Auch der Redner hier vorne, jetzt stellt er sich an die Spitze, aber wenn wir irgendwas brauchen, ist er nicht da für einen.“* Sie glaube nicht, dass ein Streik unter ver.di erfolgreich sein könne, finde es aber trotzdem *„wichtig, auf die Straße zu gehen und ein Signal zu setzen, der Welt zu zeigen, dass wir hier sind. Und das mache ich schon seit 25 Jahren.“* Auch laut ihr ist der Personalmangel das große Problem, und folglich das hohe Arbeitspensum.

Eine weitere Beschäftigte beschwert sich über die veraltete Gerätschaft, die in ihrer Abteilung dem Personal zur Verfügung gestellt wird. Auch sie ist wütend auf die Gewerkschaftsspitzen und, dass man den Kampfwille der Belegschaft nicht erwidern kann. Diese Stimmung herrscht unter einem nicht unwesentlichen Teil der Belegschaft, mit dem wir sprechen.

Seit Jahren, das bestätigt sich hier einmal mehr, leidet das Personal an deutschen Kliniken mehr unter den Zuständen im Gesundheitssektor. Überstunden häufen sich auf überfüllten Stationen voll besorgter Patienten, die man nicht im Stich lassen kann und will, das Personal schrumpft, der Stress nimmt zu. Gesundheitsminister Lauterbach erklärt unterdessen, es gebe keinen Personalmangel, und man müsse die Arbeit nur effektiver verteilen. Das zeugt nicht wirklich von Verständnis für die Bedürfnisse der Beschäftigten im Gesundheitssektor. Maßnahmen wie die „Pflegepersonalregelung 2.0“ stehen zudem in ihrer Einführung auf Dauer noch in weiter Ferne.

Der Streik in Bremen hat, wenn auch die Mobilisierung unzureichend war, wieder den Kampfwillen der Beschäftigten im Gesundheitssektor unterstrichen. Das Angebot der Vereinigung der kommunalen Ausbeuterverbände vom 23. Februar war, wie es auch beschrieben wurde, eine Frechheit: Die geforderten 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat, 200 Euro mehr für Auszubildende, Studenten und Praktikanten und unbefristete Übernahme von Azubis wurden mit dem Angebot beinahe ignoriert: „Lineare Erhöhung um 5 Prozent“ (erst ab Juni 2024 hätten die Beschäftigten gerade mal einen halben Inflationsausgleich der vergangenen Teuerung von 2022!), „Zahlung eines Inflationsausgleichsgelds von 2.500 Euro“ (erst im Januar 2024 abgeschlossen, für Azubis etc. nur die Hälfte) „Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 90 Prozent im Jahr 2024“ (immer sinnvoll, bei den Sonderzahlungen anzusetzen, anstatt einfach den normalen Lohn zu heben) sind die Bestandteile des Angebots des VKA. Entsprechend haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Kampf für die Forderungen fortgesetzt. Liegt dann immer noch kein den Forderungen angemessenes Angebot vor, muss sich keiner der Beschäftigten darin zurückhalten, von der Streikleitung eine Abstimmung über den Übergang vom Warnstreik zum Erzwingungsstreik zu fordern. •

MARODE SCHULEN SIND KEIN ORT FÜR UNSERE KINDER

Seit Jahren gibt es in NRW, trotz aller Versprechen und irgendwo bereitgestellten Mitteln, wie in anderen Bundesländern auch, ein massives Problem mit herabgewirtschafteten Schulen. Dabei geht es nicht mal nur um qualifiziertes Lehrpersonal, ob die technischen Ausstattungen den Anforderungen an die schulische Ausbildung im 21. Jahrhundert gerecht werden, oder ob der Basketballplatz auf dem Schulhof mal erneuert werden müsste, sondern um viel grundlegendere Sachen. Sachen wie fließendes Wasser, funktionierende Heizungen, benutzbare Toiletten oder Klassenräume, die nicht tropfen oder schimmeln.

Während die Bundeswehr jetzt mal eben locker 100 Milliarden „Sondervermögen“ klar gemacht bekommt, bewegt sich bei der Finanzierung und dann auch tatsächlichen, zeitnahen Umsetzung von Sanierungs- und Bauvorhaben in Essen und vielen anderen Städten in NRW wenig. Auch neue Taser oder Roboter für die Polizei wurden angeschafft und Geld in den Straßenbau gesteckt, aber für die Schüler ist wenig dabei rumgekommen. Dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, in denen hier oder da mal eine Schule alt und baufällig geworden ist, sondern dass systematisch an den Erziehungsreinrichtungen unserer Kinder, Enkel oder Geschwister so weit gespart wird, dass diese kaum benutzbar sind, zeigt die Vielzahl der Beispiele, die man hier nennen könnte und von denen wir uns auf einige beschränken.

Wie etwa die Gesamtschule Bockmühle in Essen. Diese wurde im Januar gesperrt, weil die marode Betonfassade bröckelte. Seit zwei Jahren tropft es dort von der Decke, und die „Lösung“ dafür ist, eine Tonne darunter zu stellen, um das Wasser aufzufangen. An anderer Stelle ist ein ganzer Flur gesperrt, weil er unter Wasser steht. Die Außentoiletten sind seit zwei Jahren nicht nutzbar, weil der Schimmel nicht entfernt wird. Zum Teil fallen Dielen von der Decke.

Am Nord-Ost-Gymnasium in Essen plagen sich die Schüler mit Schimmel in den Leistungskursräumen über Generationen hinweg herum. Grundschulen sind jahrelang Großbaustellen, weil fehlkalkuliert wurde und benötigte Materialien nicht nachgeliefert werden. So in Essen-Frintrop, was zur Folge hat, dass Kinder mindestens zwei Jahre ihren Schulhof nicht nutzen können, also keinen Freiraum für Spiel und Entlastung

haben. In einer Altenessener Grundschule beklagen die Lehrer die maroden Zustände, Kinder werden nicht mehr in die Nähe der Fenster gesetzt, weil diese nicht richtig schließen und Verletzungsgefahr beim plötzlichen Öffnen der Fenster durch Wind besteht, einige Fenster wurden notdürftig zugenagelt.

Wie Eingangs erwähnt, ist dies nicht nur ein Problem von den „armen“ Ruhrgebietsstädten wie Essen, dessen Verwaltung durch Prestigeprojekte seine Kassen leert und grundlegende und der Bevölkerung wichtige Anliegen bei Seite schiebt. Sondern flächendeckend gibt es Probleme mit der Instandhaltung der Schulen, wie an folgenden drei Schulen in Bergisch Gladbach. Die Schüler der Integrierten Gesamtschule Paffrath (IGP) haben das Problem, dass man sich in den letzten Jahren lieber mit Prestigeprojekten beschäftigt, als sich für unsere Kinder einzusetzen. Die Schule wurde so runtergewirtschaftet, dass die Stadt einen Neubau nicht ausschließt. Deshalb wurde erst mal eine Studie in Auftrag gegeben, die prüfen soll, ob ein Neubau oder eine Generalsanierung ökonomisch und ökologisch sinnvoller sind. Währenddessen werden nur die nötigsten Mängel provisorisch behoben. Dabei ist die Mängelliste lang und fängt bei einfachen Sachen an, wie dass die Schule nicht mehr in der Lage ist, für die Sauberkeit des Trinkwassers zu garantieren, weshalb auf dem ganzen Schulgelände nicht mehr aus dem Wasserhahn getrunken werden darf. Jeder kennt es – schnell nach dem Schulsport nochmal die Trinkflasche voll machen und ab nach Hause. Dies gilt leider nicht für die Schüler der IGP. Dies gilt auch für die Schulkantine; statt die frisch gekochte Mahlzeiten vom Porzellanteller zu essen, müssen die Schüler sich jetzt mit Fertiggessen vom Einwegteller zufrieden geben. Der Rest der Sanitäreinrichtungen sieht an der IGP jedoch auch nicht besser aus. Für eine halbe Millionen Euro will die Stadt Bergisch Gladbach jetzt 21 Toilettencontainer aufstellen, um den Schulbetrieb überhaupt aufrecht zu erhalten.

Auch am Nicolaus Cusanus Gymnasium müssen die Schüler und Lehrer in Containern untergebracht werden, da sich die Renovierung des Gebäudeteils nicht mehr gelohnt hat. Insgesamt sind 17 Klassen, die Schulverwaltung und die Lehrerzimmer in diesen untergebracht, während der Gebäudetrakt abgerissen wird. Die Kinder müssen jetzt während des Baulärms

in den Containern den Unterricht verfolgen. Dabei wurde der ganze Sanierungsprozess gestoppt, da man unbekannte Schadstoffe in dem Gebäude gefunden hat, wohlgermerkt in dem maroden Gebäude, in dem sich über Jahre hinweg Lehrer und Schüler für eine lange Zeit aufgehalten haben.

Die Gronauer Grundschule ist so marode, dass keine größeren Bauarbeiten mehr rentabel seien, aus diesem Grund gibt es auf dem Außengelände der Grundschule keine adäquaten Spielgeräte für die Kinder. Die Kinder benutzen deshalb alles mögliche wie Fahrradständer zum Toben und bringen sich immer wieder in Gefahr. Die Kinder fordern in einem Brief an die Stadt wenigstens mobile Spielgeräte, damit diese überhaupt eine Möglichkeit haben, sich kindgerecht zu beschäftigen und im Fall ihres geplanten Umzuges diese mitnehmen können. Die Lösung der Stadt: Abriss und Neubau, und die Grundschule soll solange in einen Containertrakt auf einem gekauften Tankstellengelände untergebracht werden.

Pünktlich zur Vorbereitung der Landtagswahl 2017 in NRW wurde plötzlich im Herbst 2016 das Sonderinvestitionsprogramm „Gute Schule 2020“ ins Leben gerufen, um angeblich die Missstände zu überwinden. Nachdem seit 2010 aber jährlich trotz Inflation und Teuerung nur feste 600 Millionen Euro an Investitionsmitteln für Schulen bereitgestellt worden waren, haben auch die mit diesem Sonderprogramm bereitgestellten Mittel von zwei Milliarden Euro nicht wirklich etwas bewirken können, zumal der vom Land selbst

errechnete eigentlich notwendige Investitionsbedarf 3,5 mal so hoch ausfiel. Von diesem Geld bekommt Essen gerade mal 82 Millionen Euro, weswegen sich die Stadt aktuell dazu gezwungen sieht, diese Mittel nochmal durch ca. 300 Millionen Euro zu ergänzen, damit überhaupt die grundsätzlichen Sanierungen durchgeführt werden können. 2017 wurde ermittelt, dass an 189 Standorten in Essen die Toiletten unbedingt saniert werden müssen und dass allein dies schon 51 Millionen Euro kosten werde.

Dass die Stadt mit dem Geld die Probleme nicht gelöst hat, sieht man am wachsenden Protest von Schülern, Lehrern und Eltern. 2022 entwickelte sich aus den Schulen selbst heraus die Initiative, die Missstände in den Schulen in der Öffentlichkeit zu denunzieren. Schüler stellten Berichte und vor allem Bilder online, die anders als alles Gerede in der Presse oder bei Stippvisiten von Politikern an Schulen ein sehr umfangreiches und eindringliches Bild davon zeichnen, wie miserabel die Zustände an den Schulen tatsächlich sind. Durch die von den Schülern selbst erkämpfte Öffentlichkeit für ihre Anliegen gibt es aktuell in Essen tatsächlichen Druck auf die Politik, um jetzt schnell etwas an den eklatanten Mängeln zu machen. Zuvor hatte diese Jahre nichts gemacht und ließ die Schulen verfallen.

Immer wieder wird von den bürgerlichen Politikern beschworen, dass die Kinder und Jugendlichen von heute unsere Zukunft sind. Wie viel ihnen deren Zukunft wert ist, sieht man nicht nur daran, dass man sie in heruntergewirtschaftete und gesundheitsgefährdende Gebäude setzt, sondern auch darin, wie mit ihnen in der Pandemie umgegangen wurde. Über Monate hinweg wurden sie aus ihrem Alltag gerissen, und es entstanden große Defizite in grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Rechnen und Schreiben, da die Lehrer bei der Durchführung des digitalen Unterrichtes von der Politik nicht unterstützt wurden. Jetzt sollen Schüler, Eltern und Lehrer diese Lücken mit zu wenig Lehrpersonal, fehlender Ausstattung und kaputten Gebäuden ausgleichen. Vorschläge der Politik, den Lehrermangel durch Mehrarbeit auszugleichen, verschärft diese Situation auf lange Sicht nur, da der Beruf immer unbeliebter wird. Die Politik bleibt tatenlos, bis Eltern, Schüler und Lehrer gemeinsam auf die Straße gehen, um so grundlegende Dinge wie saubere und funktionierende Toiletten oder Spielgeräte einzufordern, und schert sich sonst offenbar recht wenig um die von ihnen doch sonst immer so beworbene „Zukunft“.



Das ist kein Biologieprojekt, sondern eine Sanitäreanlage an der Bockmühle Gesamtschule

NEUE ERKENNTNISSE ZU HAUSDURCHSUCHUNGEN BEI RADIO DREYECKLAND



Solidaritätskundgebung für Radio Dreieckland in Freiburg

Im Januar diesen Jahres kam es in Freiburg beim lokalen Radiosender Radio Dreieckland (RDL) zu Hausdurchsuchungen. Radio Dreieckland sendet bereits seit 1985 und ist seitdem ein wichtiges Sprachrohr für fortschrittliche Politik im Dreiländereck (Deutschland, Frankreich, Schweiz). Bei den durchsuchten Objekten handelt es sich um die Räumlichkeiten des Radios selbst sowie die Wohnungen zweier Mitarbeiter von RDL. Dabei wurden Datenträger, Computer und Mobiltelefone beschlagnahmt, wobei auch Geräte der Lebensgefährtin eines Redakteurs mitgenommen wurden.

Anlass für die Hausdurchsuchungen war die angebliche Unterstützung des linken Infoportals *linksunten.indymedia*. Begründet wurde dieser Vorwurf von der verantwortlichen Staatsanwaltschaft Karlsruhe mit einem Artikel zur Einstellung des Verfahrens gegen Linksunten, der auf der Internetseite von RDL veröffentlicht wurde. In diesem Artikel findet sich ein Link, der zur Website von Linksunten führt, die bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung besagten Artikels nur noch als Archiv fungierte. Außerdem wurde für den Artikel auch ein Foto eines Graffiti verwendet, auf dem die Parole „Wir sind alle linksunten“ zu lesen ist.

Laut der Staatsanwaltschaft stelle dies einen „Verstoß gegen das Vereinigungsverbot gemäß §85 StGB“ dar.

Bereits von Anfang an war diese Argumentation höchst fadenscheinig, was die Kollegen von RDL auch bereits am Tag der Durchsuchung so betitelten. Schon das Verbot von Linksunten konnte nur durchgesetzt werden, indem man einen angeblichen Verein konstruierte, der für die Inhalte verantwortlich sein soll. Auch die in diesem Kontext stattgefundenene Hausdurchsuchung des Freiburger Kulturtreffs in Selbstverwaltung (KTS) wurde bereits 2020 für rechtswidrig erklärt. Das Ermittlungsverfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ist, wie bereits erwähnt, eingestellt.

Darüber hinaus erfüllt die Verlinkung der besagten Website keineswegs den oben erwähnten Straftatbestand. Sie stellt im Kontext seriöser journalistischer Arbeit lediglich eine Quellenangabe dar. RDL selbst schrieb dazu:

„Dokumentation und Quellenangaben sind die Grundlage jeder seriösen journalistischen Recherche und Arbeit und dürfen nicht kriminalisiert werden. Radio Dreieckland ist dabei nicht das einzige Medium

mit Verlinkungen auf linksunten.indymedia, eine kurze Recherche liefert eine Vielzahl von derartigen Links. Nicht zuletzt: Ein Presseorgan für die Inhalte verlinkter Seiten in Haftung zu nehmen ist völlig unabhängig von deren Inhalt ein unsäglicher Vorgang. RDL weist wie die meisten Medien eine solche Haftung ausdrücklich zurück, so auch im Impressum der Website.“

Seit den Hausdurchsuchungen gibt es aber nun weitere Erkenntnisse, die das wahre Ausmaß des Vorgehens gegen demokratische und fortschrittliche Kräfte im Südwesten aufzeigen. Diese Erkenntnisse wurden von RDL im Rahmen einer Pressekonferenz öffentlich gemacht.

Zunächst wurden mittlerweile alle beschlagnahmten Gegenstände zurückgegeben. Die Staatsanwaltschaft hat allerdings eine weitere Auswertung angekündigt, obwohl es vollkommen unstrittig ist, wer die Meldung veröffentlicht hat, die zu den Durchsuchungen führte. Die Staatsanwaltschaft lässt dazu verlauten: *„Die Datenträger des Beschuldigten, von denen ein Zugriff auf www.rdl.de aus möglichst ist, sind als Beweismittel zur Führung des Tatnachweises von Bedeutung. Die gilt insbesondere auch zur Entlastung des Beschuldigten Reimann.“* Dazu schreibt RDL: *„Dass man eine Hausdurchsuchung, die bei allen Betroffenen Spuren hinterlässt, durchführt, angeblich um jemanden zu entlasten, ist absurd und völlig unverhältnismäßig.“*

Auch wurde die Meldung zu Linksunten von der verantwortlichen Stelle, der Landesanstalt für Kommunikation, nie beanstandet. Die Staatsanwaltschaft informierte diese Stelle nicht einmal über die Aufnahme der Ermittlungen gegen den Sender.

Weiter ist an dieser Stelle interessant, was den Vorwurf des Verstoßes gegen §85 StGB angeht. So hat weder das Bundesinnenministerium, also sozusagen die höchste Instanz der Repressionsbehörden, noch die Staatsanwaltschaft Karlsruhe Erkenntnisse darüber, dass Linksunten in irgendeiner Form weiterexistiert. Relevant ist diese Erkenntnis insofern, als sich die Frage stellt, ob es nach deutschem Recht Unterstützung für eine nicht mehr existierende Organisation geben kann. Mit dieser Frage beschäftigte sich Detlef Giorgia Schulze im Blog „Theorie als Praxis“. Er stellt dabei heraus, dass diese Frage in der BRD keineswegs neu ist, und führt hierzu Urteile zur Unterstützung der verbotenen KPD und der RAF heran. Zur Veranschaulichung wollen wir hier aus dem in den 90'er

Jahren gefällten Urteil zur Unterstützung der RAF zitieren:

„Nach diesem klaren Gesetzeswortlaut setzt das Werben für eine terroristische Vereinigung die objektive Existenz nicht nur irgendeiner, sondern gerade einer solchen Vereinigung voraus, die nach den im Gesetz aufgeführten Merkmalen als terroristisch gekennzeichnet ist.“

Zwar geht es in diesem Urteil explizit um eine Organisation, die der deutsche Staats als terroristisch klassifiziert, allerdings ändert sich am strukturellen Verhältnis zwischen Unterstützung (bzw. Werbung) und Unterstützungsempfängerin nichts, weshalb ein solches Urteil auch auf anderweitig verbotene Organisationen übertragen werden kann.

Zusammengefasst: **Die Unterstützung einer Organisation setzt die tatsächliche Existenz eben dieser voraus.** Selbst wenn also Linksunten jemals als Verein existiert hätte (was nie tatsächlich der Fall war), gibt die Staatsanwaltschaft Karlsruhe ebenso wie das Bundesinnenministerium offen zu, dass es seit dem Verbot keinerlei Anlass gab, irgendjemand die Unterstützung dieses Vereins vorzuwerfen.

Zuletzt wollen wir an dieser Stelle noch auf folgende Erkenntnis hinweisen, die RDL Anfang Februar veröffentlichte: Durch Akteneinsicht konnte festgestellt werden, dass die Staatsanwaltschaft beim Hoster von RDL sämtliche IP-Adressen angefragt hatte, die in letzter Zeit auf rdl.de zugegriffen haben. Das hätte nicht nur die rund 150 Sendungsmachenden betroffen, sondern auch alle Hörer, die über die Website auf die Inhalte des Radiosenders zugreifen. Gerade noch so konnte dieser Angriff auf die Pressefreiheit und die demokratischen Rechte der Radiohörer durch die Anwältin des Radios verhindert werden.

Wir verurteilen erneut diesen Angriff auf die Pressefreiheit und wollen den letzten Absatz zum Anlass nehmen, all unseren Lesern zu empfehlen, den Tor-Browser zu benutzen, wenn sie im Internet auf Inhalte zugreifen, die der deutschen Bourgeoisie ein Dorn im Auge sind. •

GEDENKKULTUR AN DEN OSTERAUFSTAND IN IRLAND

Rund um das Osterwochenende jährt sich zum 107. Mal der irische Osteraufstand und damit das Andenken an all jene, die im Kampf für ein freies und unabhängiges Irland gefallen sind. Jedes Jahr um Ostern finden in ganz Irland große Paraden und Gedenkveranstaltungen statt, die an den bewaffneten Osteraufstand von 1916 erinnern.

1916 war noch die gesamte irische Insel von Großbritannien besetzt und somit komplett Irland eine Kolonie der britischen Krone. Um für die Unabhängigkeit und nationale Befreiung Irlands vom britischen Imperialismus und gegen die im Raum stehende Zwangsrekrutierung von Iren für das britische Militär für den ersten Weltkrieg zu kämpfen, wurde von Revolutionären und irischen Republikanern ein bewaffneter Aufstand für den 24. April 1916, den Ostermontag, geplant und durchgeführt. Unter der Parole *„We serve neither King nor Kaiser, but Ireland“* machten die Aufständischen deutlich, dass sie weder dem englischen König, noch dem deutschen Kaiser im Krieg gegen andere Völker dienen wollten, sondern nur für die Befreiung und Unabhängigkeit Irlands kämpfen werden.

Dafür besetzten sie das Hauptpostamt in Dublin und einige nahestehende Gebäude und proklamierten die Unabhängigkeit Irlands, wie auch die Gründung einer freien gesamt-irischen Republik. Letztendlich wurde der Aufstand durch die britische Reaktion brutal niedergeschlagen und ihre Führer exekutiert. Doch trotz der Niederschlagung des Aufstands hatte dieser und die anschließende brutale Repression einen so großen Widerhall in den Massen, dass es einige Jahre später in einem Teil des Landes im Zuge des nationalen Befreiungskampfes gegen die britische Besatzung zur Gründung des heutigen irischen Freistaats – einer Halbkolonie des britischen Imperialismus – gekommen ist.

Revolutionäre Gedenkkultur an bewaffnete Kämpfe und die Gefallenen, die für den Sieg der Revolution gestorben sind, spielt in Irland und vielen anderen Ländern der Welt eine sehr wichtige Rolle. Auch in den vier Volkskriegen auf der Welt, in Indien, Peru, der Türkei und auf den Philippinen, gibt es eine Fülle von verschiedenen Aktivitäten, die mit revolutionärer Kultur an die Leben und Taten derjenigen erinnern, die für die Revolution ihr Leben gaben. All diese verschiedenen Traditionen und Gedenken haben gemeinsam, dass sie Ausdruck

revolutionärer Politik sind und den bewaffneten Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung hochhalten. Diese Aktivitäten sind auf das tiefste mit den Massen verbunden, werden von den Massen mit organisiert und sind ganz normaler und lebendiger Teil ihres Lebens. Bei dieser Art von revolutionärem Gedenken geht es nicht nur darum, an die gefallenen Genossen und Genossinnen zu erinnern, sondern auch aufzuzeigen, wofür sie gestorben sind. So ist es bei diesen Veranstaltungen üblich, in verschiedenen Formen das revolutionäre Leben und den Einsatz der Märtyrer hochzuhalten und daran aufzuzeigen, wie notwendig es ist, in die Fußstapfen der getöteten und verstorbenen Kämpfer zu treten, um den Kampf für die Revolution weiter zu intensivieren.

Auch Irland hat eine breite Gedenkkultur für seine gefallenen Genossen, die zwar nicht auf dem Volkskrieg, aber auf breiten revolutionären Kämpfen für die irische Befreiung fußt. In Irland finden jedes Jahr an historischen Tagen, die vom Kampf des irischen Volkes gegen den britischen Imperialismus zeugen, wie dem Osteraufstand oder dem Jahrestag des Bloody Sunday, große Paraden in Dublin, Derry, Belfast und anderen irischen Städten statt. Bei diesen Paraden, welche von verschiedenen Kräften durchgeführt werden, die für die Unabhängigkeit Irlands vom britischen Imperialismus kämpfen, kommen landesweit Menschen zusammen, oft in militärischen Uniformen gekleidet, die mit zahlreichen Fahnenträgern und Kapellen mit Trommlern und Blasinstrumenten, revolutionäre Lieder spielend, zu den Grabstätten republikanischer Märtyrer wie dem Hungerstreiker Bobby Sands oder dem Guerillaführer Seamus McElwain marschieren, um ihnen zu gedenken. Diese Paraden und Demonstrationen ziehen in der Regel vor allem durch Arbeiterviertel, in denen anti-imperialistische Kräfte tief verankert sind, und werden dort von tausenden wartenden Massen empfangen, die sich dann anschließen und ebenfalls den Kämpfern und Kämpferinnen des bewaffneten Kampfes gedenken und mit ihnen die Friedhöfe besuchen. Auch werden rund um die Gedenkaktivitäten in verschiedenen Lokalen in den Vierteln Abendveranstaltungen abgehalten, in denen der Kampf gegen den britischen Imperialismus gefeiert wird. Die große Massenbeteiligung liegt unter anderem daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung selbst einen Toten aus Familien- oder Freundeskreisen durch die britischen Besatzer zu beklagen hat.

Dass diese Gedenkkultur nicht aus leeren Ritualen besteht, sondern aufs Engste mit dem bis heute stattfindenden bewaffneten Kampf gegen die Besetzung Irlands verbunden ist, und vor allem von den Massen, mitgetragen und organisiert wird, sieht man auch daran, dass es bei solchen Feierlichkeiten auch immer wieder zu kämpferischen Aktionen und bewaffneten Auseinandersetzungen mit der britischen Besatzungsmacht kommt. Erst letztes Jahr griff die Polizei die traditionelle Parade zum Osteraufstand am Zentralfriedhof in Derry an, worauf es zu einer Straßenschlacht zwischen Massen und der Polizei gekommen ist, bei der die Bullen mit Molotowcocktails und Steinen abgewehrt und das Gedenken verteidigt wurde. 2018 hatte es ähnliche Auseinandersetzungen gegeben, nachdem die Truppen der britischen Besatzungsmacht versucht hatten, die Parade im besonders kämpferischen Arbeiterviertel Creggan in Derry anzugreifen und im anschließenden Straßenkampf vor allem von der republikanischen Jugend ebenfalls mit Molotowcocktails und Steinen aus dem Viertel vertrieben wurden. Ebenfalls ist es Tradition in Irland, dass bei Enthüllungen von Murals – riesigen Wandbildern, die oft an wichtige Persönlichkeiten des irischen Unabhängigkeitskampfes erinnern – oder den Begräbnissen von kürzlich verstorbenen Kombattanten des bewaffneten Kampfes, verummte Kämpfer mit Gewehren und Pistolen auftreten und unter Jubel und Freude der Massen den Verstorbenen mit Salutschüssen die letzte Ehre zu erweisen. Ein weiteres Beispiel, wie Gedenken an die Gefallenen mit praktischer Politik verbunden wird, zeigt die Besetzung eines leerstehenden Hauses in der Innenstadt von Dublin am 1. Mai 2022 durch revolutionäre Aktivisten, welche das neue Zentrum „James Connolly Haus“ taufen, nach dem Antiimperialisten

benannt, der als einer der Führer des Osteraufstands von den Briten exekutiert wurde.

Das alles macht deutlich, dass die facettenreiche revolutionäre Gedenkkultur für den bewaffneten Kampf in Irland seit Jahrzehnten tief in den Massen verankert ist und von ihnen lebendig praktiziert wird. Dabei erinnern die verschiedenen kulturellen Aktivitäten nicht nur an verschiedene historische Persönlichkeiten und Schlachten des irischen Befreiungskampfes, sondern sind ein Teil des bewaffneten Kampfes, der heute immer noch gegen den britischen Imperialismus für die vollständige Unabhängigkeit Irlands geführt wird. Die Massen machen die Geschichte und sind integral für den revolutionären Kampf und die Aufrechterhaltung eines lebendigen Gedenkens an die Helden und Kämpfer, die den Weg für die Befreiung der Menschheit bereits begangen haben. Erst durch die Teilhabe der Massen ist ein Erinnern an die Heldentaten im bewaffneten Kampf sicher.

Um sich mit der Geschichte des bewaffneten Kampfes in Irland auf popkultureller Ebene näher zu befassen, sind der Spielfilm „*The Wind that Shakes the Barley*“ oder die Netflix-Serie „*Rebellion*“, die vom Osteraufstand handelt, eine Möglichkeit. Auf Youtube findet man eine 30-minütige ARTE-Doku „*Vergissmeinnicht – Bobby Sands, IRA-Kämpfer*“, in der u.a. Bobby Sands Gedichte behandelt werden. Sogar auf Spotify sind zahlreiche *Irish Rebel Songs* zu finden. Ansonsten sei an dieser Stelle noch das Buch „*Bandit Country*“ zu erwähnen. Weiter kann man aktuelle Informationen über den Kampf des irischen Volkes auf dem Blog der Anti-Imperialist Action Ireland finden. •



Ein Mural in Andenken an Bobby Sands, der während eines Hungerstreiks im Jahr 1981 im Gefängnis gestorben ist.



Bewaffnete Kämpfer erweisen bei einem Begräbnis einem toten Mitkämpfer mit Salutschüssen die letzte Ehre



Eine republikanische Parade in Derry zu Ehren des Osteraufstandes



Ein junger Republikaner teilt der Polizei seine Meinung zum Paradeverbot mit, 2018 in Derry

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM APRIL

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

**1. MAI
KAMPFTAG DES
INTERNATIONALEN PROLETARIATS
HALTET AUGEN UND OHREN OFFEN NACH
DEMONSTRATIONEN IN Eurer STADT**

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Landesweite Massenproteste und Streiks gegen die Rentenreform in Frankreich

Quelle: La Cause du Peuple

**ROTE
POST** 